



Pressemitteilung

Rund 1000 demonstrierten am 17. September für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen

Berlin, 17.9.2022. Am heutigen Samstag, dem 17.9., demonstrierten mehrere hundert Menschen in Berlin für ihr Recht auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung. Sie fordern die Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch, der einen Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellt und somit ungewollt Schwangere und Ärzt*innen kriminalisiert.

Der Aktionstag wurde zum elften Mal vom Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung organisiert. Es sprachen unter anderen die Staatssekretärin für Vielfalt und Antidiskriminierung in Berlin, **Saraya Gomis**, sowie **Dr. Jana Maeffert**, Gynäkologin und Vorstandsmitglied von Doctors for Choice Germany.

Schwerpunkt des Aktionstages war die medizinische Versorgungslage in der Ukraine. „Frauen und Mädchen sind im Krieg häufig Opfer von sexualisierter Gewalt und gerade ihnen wird eine gesundheitliche Versorgung erschwert. Circa 71.000 Ukrainer*innen sind nach Berlin geflohen, viele von ihnen benötigen eine unbürokratische medizinische Versorgung. Dazu gehören auch Schwangerschaftsabbrüche“, betont Juristin und Gesundheitswissenschaftlerin **Sybill Schulz**, Mitinitiatorin des Bündnisses und Sprecherin des Netzwerkes Frauengesundheit.

Die diesjährige Frauenpreisträgerin von Berlin und Chefarztin der Klinik für Gynäkologie und Geburtsmedizin im Vivantes Auguste-Viktoria-Klinikum **Prof. Dr. Mandy Mangler** wies auf die Bedeutung der Entkriminalisierung hin: „Als Frau und Ärztin finde ich es wichtig, dass Gesetze reproduktive Entscheidungsfreiheit ermöglichen. Paragraph 218 kriminalisiert Frauen und Mediziner*innen, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden. Das ist eine untragbare Situation.“



PRESSEKONTAKT

Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung erreichen Sie unter:

0160 377 22 08 | presse@sexuelle-selbstbestimmung.de

[Facebook](#) | [Twitter](#) | [Instagram](#) | www.sexuelle-selbstbestimmung.de/presse

Das **Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung** ist ein breites Bündnis aus Beratungsstellen, verschiedenen feministischen und allgemeinpolitischen Gruppen, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien sowie Einzelpersonen. Seit seiner Gründung 2012 organisiert es Proteste gegen den jährlich stattfindenden bundesweiten "Marsch für das Leben". Neben der Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch fordert das Bündnis eine geschlechter- und kultursensible Sexualaufklärung für alle sowie eine angemessene Unterstützung für jene, die sich für ein Kind entscheiden, damit sie ihre eigene Lebensplanung aufrechterhalten können.